

Rede des Beigeordneten für Finanzen und Personal, Herr Egbert Geier, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2009 der Stadt Halle

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie heute auf eine „Tour d'Etat“ mitnehmen, auf eine Reise durch den Haushalt. Vielleicht sind die aktuellen Etatberatungen die härtesten der letzten Jahre gewesen und werden möglicherweise von dem einen oder anderen als Haushaltstortour empfunden.

Wie bei einem Radrennen auch, gab es einige Etappen, die der städtische Haushalt zu durchlaufen hatte.

1. Etappe: Einbringung Entwurf 2011

Die Verwaltung hat unter den gegebenen Umständen Ende Januar 2011 einen Haushaltsentwurf mit einem Defizit von rd. -31,8 Mio. € eingebracht. Dies war in Anbetracht des späten Nachtragshaushaltes 2010 auch folgerichtig.

Diese Zahlen spiegeln den Mindestbedarf, den die Ämter sehen, wider. Ich betone ausdrücklich Mindestbedarf, weil die Planungen und Rückmeldungen aus den Ämtern ursprünglich noch wesentlich höher als diese 31,8 Mio. € waren. Zu diesem Zeitpunkt der Planerstellung war das Zahlenwerk auf der Grundlage der rechtlichen Rahmenbedingungen aus dem Haushaltsrecht, der Anordnungen des Landesverwaltungsamtes und der Beschlusslage des Stadtrates zusammengestellt.

Deutlich wird bei dieser Etappe, dass die Stadt Halle - wie die meisten Städte in Ostdeutschland - einen immensen Instandhaltungsrückstau in seiner Infrastruktur zu bewältigen hat. Wir haben das an einigen Stellen in den Finanzausschusssitzungen gemerkt, wenn es beispielsweise insbesondere um die Straßenunterhaltung ging, aber auch wenn es um die Erhaltung verschiedener städtischer Gebäude ging. Und für uns alle ist einfach das Problem, dass dieser Instandhaltungsrückstau gleichzeitig kommt, d. h. in jedem der Aufgabenbereiche der Stadt haben wir eigentlich noch sehr viel in Ordnung zu bringen.

Feststellen musste ich leider auch, dass es an der einen oder anderen Stelle innerhalb der Verwaltung an einer klaren Prioritätensetzung im Rahmen vorgegebener Budgets mangelte. Es war das Zauberwort „Haushaltsbevorratung“ zu hören. Klingt gut, führt aber zu Beliebigkeiten in den Mittelanmeldungen und sprengt damit unseren finanziellen Rahmen sowohl im Verwaltungs- als auch Vermögenshaushalt. Und ich bin auch der Auffassung, es erschwert für uns alle die Etatberatungen.

Hier wünsche ich mir von der Verwaltung mehr Stringenz nach innen und im Sinne des Ganzen ein einheitliches Auftreten nach außen.

Die Verwaltung hat zahlreiche Vorschläge gemacht, um das Zieldefizit für 2011 in Höhe von -19,5 Mio. € annähernd zu erreichen. Unter Berücksichtigung der zusätzlichen finanziellen Belastungen aus dem Bildungspakt des Bundes (rd. 2,5 Mio. €) errechnet sich für 2011 ein Zieldefizit von rd. -22,0 Mio. €. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies nicht jeden Geschmack im politischen Raum trifft.

2. Etappe: Beratungen in den Fachausschüssen und dem Finanzausschuss

In der Radlersprache würde ich nun sagen: „Der Berg war lang und steil!“

Die Ausschussberatungen waren sehr umfangreich, detailliert und mit 3 Monaten sehr lang. Wir müssen uns vom Anspruch lösen, jede Eventualität in einem Haushalt zu berücksichtigen, denn dann werden wir nie fertig und bestimmte Entwicklungen überholen einfach unsere Etatberatungen. Dies kommt z. B. dadurch zum Ausdruck, dass der Änderungsdienst immerhin 357 Seiten (!), also einem halben Haushaltsplan umfasst.

Was fiel mir dieses Jahr in den Sondersitzungen des Finanzausschusses besonders auf:

1. Zahlenvergleiche mit dem Vorjahr 2010 prägten einen Großteil der Beratungen und bringt uns bei der Frage der Defizitminimierung nur bedingt weiter; sie können Anhaltspunkte/Trends bieten, mehr nicht! Im Übrigen wurden die auffälligsten Abweichungen zwischen der Planung 2011 und dem Rechnungsergebnis 2010 (immerhin 2,3 Mio. €) in den laufenden Haushaltsberatungen an die einzelnen Dezernate zur Klärung zurückverwiesen.
2. Oftmals atomisierte Diskussionen im klein-klein bei untergeordneten Haushaltspositionen; der defizitmindernde Erfolg war verschwindend gering, der Zeitaufwand dafür unverhältnismäßig groß.
3. Stark ausgeprägte Versuche, Dinge zu sichern oder teilweise auch auszuweiten, die in Zeiten strenger Haushaltskonsolidierung so nicht möglich sind oder nicht mit einer Deckung oder zumindest Teildeckung untersetzt sind (denken Sie bitte an die beantragten Zusatzzahlungen für den EB ZGM). Bei einem defizitären Haushalt gehen grundsätzlich auch keine Mittelumschichtungen aus pflichten Bereichen hin zu freiwilligen Bereichen (immerhin rd. 0,2 Mio. €).

Meine Damen und Herren, diese Form der Haushaltspolitik bringt uns nicht weiter, ist weder nachhaltig noch zielführend!

Ich möchte diese Beobachtungen so klar ins Bewusstsein bringen, weil wir im Rahmen der Haushaltsgenehmigung 2010

- deutliche Warnungen von der Kommunalaufsicht für unser Finanzgebaren bekommen haben,
- und weil wir im interkommunalem Kennzahlenvergleich mit Magdeburg, Erfurt und Chemnitz in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport teilweise deutlich über dem Durchschnitt der verglichenen Städte liegen. Genau dies bekomme ich immer wieder als Argument der Kommunalaufsicht für noch vorhandene Reserven aufgetischt.

Natürlich müssen Kommunalpolitiker Sorge dafür tragen, dass eine Stadt lebenswert bleibt, dass das Besondere einer Stadt herausgehoben wird und nicht dem Diktat juristischer Beurteilungen zum Haushaltsrecht folgen muss.

Wir haben leider diese Situation, dass zusehends die Dinge, die uns eine lebenswerte Stadt ermöglichen, aus juristischen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Das hängt damit zusammen, dass wir in einem stark defizitären Zustand sind und deshalb würde ich auch appellieren, dass wir sehr schnell diesen defizitären Zustand abarbeiten und beenden sollten.

Aber in Zeiten eines defizitären Haushaltes kann nicht sein, dass

- a) einige Aufgabenfelder ohne jede Diskussion außen vor bleiben;

meine Damen und Herren, hier muss ich beispielhaft den Sport nennen. Ich halte es persönlich gegenüber der Öffentlichkeit und vor allem auch der Kommunalaufsicht für taktisch unklug, sich nicht dem Ansatz der Verwaltung zu öffnen und im Dialog mit den Sportvereinen zu einer konsensualen Lösung auf freiwilliger Basis bei der Benutzung der Sporthallen zu finden. Man muss der Öffentlichkeit und der Kommunalaufsicht anzeigen, dass man mit den Betroffenen spricht und dass man diese Themen genau wie andere Themenbereiche auch prüft, auch wenn das unangenehm ist, auch wenn es in der Öffentlichkeit schwierig ist.

Aber ich bin überzeugt, dass es der Öffentlichkeit und den Vertretern anderer Interessengruppen - das dürfen wir hier nicht vergessen - im harten Verteilungskampf der öffentlichen Gelder bald nicht mehr zu vermitteln ist, warum an der einen Seite sehr stark eingegriffen und gespart wird und warum man an der anderen Seite, hier in dem Fall beim Sport, noch heute kostenlos zu Lasten der Stadt nach dem Sport duschen kann.

Die ersten guten Gespräche mit dem Sport zeigen, dass dies auch eine Frage der Art und Weise der Kommunikation und der Transparenz der städtischen Vorstellungen ist. Ich bin überzeugt davon, dass man hier eine Annäherung bekommt und auch zu einem Ergebnis kommen kann.

Was geht zweitens nicht, wenn man einen defizitären Haushalt hat:

- b) In einer Gesamtabwägung über alle Aufgabenfelder und den Gesamthaushalt dürfen sich die Zahlen nicht hausgemacht verschlechtern.

Haushaltsbeeinflussende Faktoren von außen, von Bund oder Land, muss man hinnehmen, sich darauf einstellen und reagieren. Hier erhoffe ich mir insbesondere von den neue gewählten Landtagsabgeordneten eine enge Verzahnung mit der Stadt, um die kommunalen Auswirkungen von landespolitischen Vorhaben im Rahmen der Gesetzgebungsprozesse einzuspeisen.

Die 2. Etappe ist dadurch gekennzeichnet, dass vorgelegte Verwaltungsvorschläge um ihren kommunalpolitischen Duktus angereichert werden.

Die kommunalpolitisch gewünschten Änderungen um - 2,4 Mio. € im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag, entsprechen + 0,4 % am Volumen des Verwaltungshaushaltes, aber - und das ist das eigentliche Problem - + 10,3 % des Defizits im Verwaltungshaushalt.

Dies ist ein falsches politisches Signal in puncto Haushaltskonsolidierung und gegenüber der Kommunalaufsicht, quasi unzulässiges Haushaltsdoping - um in der Radlersprache zu bleiben. Wir alle müssen wissen:

Sparen anhand von Zahlenreihen geht nicht mehr;

wenn eine Haushaltskonsolidierung schon seit nunmehr 9 Jahren läuft und immer wieder bundespolitische Entscheidungen und Kostentreiber von außen die Gesundung der städtischen Finanzen durchkreuzen, dann ist hier „die Luft im Wesentlichen raus“!

Machen wir uns bewusst, dass wir uns in einem geschlossenen Kreislauf befinden:

Was die Gesamtheit unserer Bürger nicht angemessen als Nutzer von Einrichtungen und Dienstleistungen zahlen muss, hat sie in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler aufzubringen. Es ist letztendlich nichts gewonnen!

3. Etappe: Wir stehen gemeinsam vor der Kommunalaufsicht

Als Stadt-Mannschaft (es wird nicht mehr unterschieden nach Verwaltung und Rat; es ist die Stadt) haben wir nun die Bergankunft erreicht.

Doch was haben wir für diesen Kraftakt einsetzen müssen?

- Die Glaubwürdigkeit an die eigenen Beschlüsse und Konsolidierungsziele?
- Die Gefahr, dass nicht das investiert werden kann, was dringend notwendig ist (z. B. Brandschutz)?

Ich möchte diese Fragen so deutlich stellen, weil wir nicht davon ausgehen können, viele weitere Chancen von der Kommunalaufsicht zu bekommen, und weil wir uns im Trend klar Richtung „schwarze Null“ bewegen müssen.

4. Etappe: Die Folgen unserer heutigen Entscheidung

Wenn wir mit unserem Haushalt 2011 zu weit vom Zieldefizit abweichen, wird sich an den Fragen der Bewirtschaftung der Mittel nichts ändern:

- Wir bleiben in einer starren juristischen, statt gestaltenden Situation.
- Die vorläufige Haushaltsführung wird möglicherweise abgelöst durch Haushaltssperren und Einzelgenehmigungen.
- Die Erkenntnis, dass dies insbesondere freiwillige Aufgaben trifft, mit all ihren negativen Auswirkungen für die Betroffenen.
- Oder wir haben einen Bumerang-Effekt, das heißt in spätestens 6 bis 8 Wochen haben wir erneute Haushaltsdiskussionen unter einem noch höheren Zeitdruck.

Wir sind an einem Punkt angekommen, wo wir gemeinsam über die kommunalen Strukturen dieser Stadt reden müssen. Dazu ist es dringend notwendig, sich über die laufenden Einnahmen und Ausgaben zu verständigen, sie wieder in ein Lot zu bringen. Nur so können weitere Defizite nachhaltig verhindert werden,

Defizite, die in ihrer Folgewirkung

- immense Kassenkredite nach sich ziehen, Wir haben unter Einbeziehung des Jahresabschlusses 2010 im Moment wieder rund 250 Mio. € an Kassenkrediten. Diese Kassenkredite dienen niemandem, sie sind nicht da für Investitionen, sie sind nicht da für Vermögensaufbau und sie lassen vor allen Dingen, wenn die Zinsen wieder steigen, jegliche Konsolidierungsbemühungen verpuffen.

- Investitionen in gute, attraktive Infrastruktur behindern bzw. deutlich verlangsamen.
- uns zwingen, alle Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, auch an Stellen, die z. B. bürgerunfreundlich oder wirtschaftsunfreundlich sein können (Hebesätze!).
- dazu führen, dass das kommunale Leben bisweilen nur noch rechtlich/juristisch aber nicht mehr lebensnah beurteilt und abgearbeitet werden muss.

Und darin, meine Damen und Herren, sehe ich einen ganz großen Mangel. Ich muss Ihnen wirklich sagen aus den tagtäglichen Anträgen, die bei mir auf dem Tisch liegen, es ist eigentlich schlimm, wenn man ständig diese Dinge, die wirklich einen gutgemeinten Inhalt haben, sehr gute Zwecke verfolgen, haushaltsrechtlich streng beurteilen und abarbeiten muss. Mich persönlich würde es auch sehr freuen, wenn wir uns dann von dieser Verfahrensweise, die uns im Übrigen auch die Kommunalaufsicht aufgibt, über kurz oder lang wieder verabschieden könnten.

Und deshalb ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir ein verknüpftes Vorgehen zwischen Verwaltung, Stadtrat aber auch eine angemessene Bürgerbeteiligung anstreben.

Ich fasse zusammen:

Etappensiege sind schön und gut. Was wir brauchen ist ein mannschaftlich geschlossener Toursieg, bei dem die Rennkommissare des Landesverwaltungsamtes vergeblich nach Löchern, nicht in den Reifen, sondern im Haushalt suchen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten für ihre umfangreichen Diskussionsbeiträge im Etatverfahren bedanken und wünsche mir heute für die Stadt Halle eine gute, positive Entscheidung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!